

Autor: Michael Houben

Als am 11. Mai die neueste Steuerschätzung veröffentlicht wurde, war Finanzminister Peer Steinbrück ein psychologischer Geniestreich gelungen. „Steuermehreinnahmen geringer als gedacht“, so lautete in vielen Nachrichtensendungen die Meldung. In den kommenden vier Jahren könne der Staat doch ‚nur‘ mit Mehreinnahmen von 180 Mrd. Euro rechnen. Das klang schon fast enttäuschend. Ein paar Tage vorher hatte das Finanzministerium schon verlauten lassen, die Mehreinnahmen könnten sich von 2007 bis 2010 auf 200 Milliarden summieren. Auf diese Weise erschien die Schätzung plötzlich klein und unbedeutend.

Tatsächlich ist der Steuerzuwachs sogar größer als die Zahl ohnehin schon scheinen lässt. Denn die Mehreinnahmen wurden im Vergleich zur ‚Schätzung vom November letzten Jahres.‘ berechnet

Auch diese Schätzung hatte schon ‚überraschende‘ Mehreinnahmen ergeben. Verglichen mit der Steuerschätzung von vor einem Jahr (Mai 2006) sind es doch wieder 200 Milliarden – und um die wahre Dimension dieser Einnahmeschwemme zu begreifen lohnt es sich sogar, zwei Jahre zurückzudenken: in das Jahr, als eine der größten Steuererhöhungen der deutschen Geschichte ursprünglich beschlossen wurde.

## **Rückblick: Deutschland im Jahr 2005.**

Die Wirtschaft lahmt seit Jahren, 5 Millionen Arbeitslose belasten die Sozialkassen, allein die Bundesregierung muss 50 Millionen Euro neue Schulden machen, mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit wird die magische Maastricht-Marke im vierten Jahr hintereinander überschritten. In dieser Not setzt die frischgebackene Kanzlerin Angela Merkel sich durch: Die Mehrwertsteuer solle zum 01. Januar 2007 um drei Prozentpunkte steigen. Zusammen mit der gleichzeitig beschlossenen Kürzungen bei Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag und Eigenheimzulage sollten Mehreinnahmen von rund 26 Milliarden Euro entstehen. Diese Summe erscheint im Vergleich mit den gegenwärtigen Mehreinnahmen inzwischen fast schon geringfügig. Als die Mehrwertsteuererhöhung beschlossen wurde, nahm der Staat 452 Mrd Euro an Steuern ein, 190 Milliarden davon gingen an den Bund. Für das Jahr 2007 rechnen die Steuerschätzer nun mit 82 Milliarden Euro mehr! Insgesamt 534 Milliarden. Allein der Bund kann nun mit gut 238 Milliarden rechnen. Bis zum Jahr 2010 werden daraus sogar 254 Milliarden für den Bund, insgesamt 594 Milliarden. Im Vergleich zum ‚Krisenjahr‘ 2005 wäre das ein Zuwachs um fast ein Drittel ! (Dies entspricht Inhaltlich der ‚Balkengrafik‘ )

## **Mehrwertsteuererhöhung zeigt Wirkung**

Dabei geht nur ein vergleichsweise geringer Teil des Zuwachses auf die Mehrwertsteuererhöhung zurück. Im Nachhinein zeigt sich: Auch ohne Umsatzsteuererhöhung hätte der Staat seine vor einem Jahr gesetzten Haushaltsziele erreichen können. Das bestätigt auch Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Er ist Mitglied der Expertengruppe die im Auftrag des Bundesfinanzministers alle sechs Monate die kommenden Steuereinnahmen schätzt. Er sagt: Die ursprünglichen Haushaltsziele wären im Nachhinein gesehen auch ohne die Mehrwertsteuererhöhung erreichbar gewesen. Gleichzeitig hätte der aktuelle Aufschwung ohne die Mehrwertsteuererhöhung durchaus noch stärker ausfallen können, Die stützt sich nach wie vor insbesondere auf den Export und Investitionen der exportierenden Wirtschaft – die inländische Binnennachfrage dagegen stagniert und ist in vielen Bereichen sogar rückläufig. So schrieb die deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht April 2007:

„Dagegen haben die privaten Konsumausgaben wegen des Umsatzrückgangs im klassischen Einzelhandel und des Einbruchs bei Pkw-Anschaffungen – beides steht mit der Mehrwertsteueranhebung zu Jahresbeginn in engem Zusammenhang – das Wachstum erheblich gebremst.“

## **Kein Ausgleich durch Lohnerhöhung**

Doch nicht nur die Mehrwertsteuererhöhung drückt auf das Konsumklima. Steigende Sozialbeiträge, niedrige Lohnabschlüsse: seit zehn Jahren stagniert das verfügbare Nettoeinkommen. Das hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft international dramatisch gesteigert, den Exportboom ermöglicht. Die real stagnierende Kaufkraft der Bevölkerung wurde gleichzeitig nicht nur von steigenden Energiepreisen, sondern eben auch von der Mehrwertsteuererhöhung weiter geschmälert. Nicht nur die Bürger, auch manch Gewerbetreibender, der von der Kaufkraft der Kundschaft abhängig

ist, hofft nun auf Lohnsteigerungen. Die IG-Metall hat für dieses Jahr immerhin gut vier Prozent vorgelegt.

Das klingt viel: Bei einem Bruttolohn von 2500 Euro bringt das immerhin ein Plus von 100 Euro pro Monat. Doch für wen eigentlich? Der Arbeitgeber muss dafür sogar zusätzliche Arbeitgeberanteile aufbringen. Der Staat kassiert dann einen Steuersatz von 32 Prozent, zuzüglich insgesamt rund 17 Prozent Kranken- und Pflegeversicherung, 19,9 Prozent Rentenversicherung, 4,2 Prozent Arbeitslosenversicherung – und damit satte 70 Euro für den Staat und die Sozialkassen – aber nur 40 Euro mehr für den Bürger. (Beschreibt GRAFIK 2) Damit werden in den allermeisten Fällen nicht einmal die Mehrbelastungen vom Jahresanfang ausgeglichen. Mit anderen Worten: Auch der Lohn-Aufschwung kommt in erster Linie bei den Staatskassen an. Einen wirklichen Kaufkraftzuwachs könnte tatsächlich nur eine spürbare Senkung der Steuern und Abgaben erzeugen.

### **Haushalt sanieren, statt Steuern senken ?**

Wirtschaftsminister Michael Glos hatte Steuersenkungen für 2009 gefordert – und war von seinen Koalitionskollegen heftig angegriffen worden. Finanzminister Peer Steinbrück stellt klar: Erst einmal müsse ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt werden – selbst das sei frühestens im Jahr 2011 möglich. Das klingt vernünftig.

Allerdings zeigt ein Blick in die aktuelle Steuerschätzung, dass ein Ausgeglichener Haushalt eigentlich schon vorher keine Kunst mehr sein kann. Schon mit den ursprünglich geplanten Steuereinnahmen von 220 Milliarden wollte der Bund weniger als 20 Milliarden neue Schulden machen. Im Jahr 2009 wird der Bund aber immerhin 30 Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen verbuchen können. Wenn man die sonstigen Ausgaben konstant halten würde, ließe sich damit die Neuverschuldung. Nach Berechnung von Alfred Boss würde das – bei ansonsten unverändert sparsamer Haushaltsführung – bereits im Jahr 2009 für einen ausgeglichenen Haushalt reichen – und das dabei wäre die kürzlich beschlossene Senkung der Unternehmenssteuern sogar schon berücksichtigt. Und selbst das ist erst die ‚halbe Miete‘

### **Entlastung auch bei den Ausgaben**

Mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Löhnen zahlen natürlich auch mehr Arbeitnehmer höhere Beträge in die Sozialkassen ein. Zwangsläufig sinkt der Zuschußbedarf. Besonders deutlich wird das bei der Bundesanstalt für Arbeit. Damit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt sinken konnten überweist der Staat aus der Mehrwertsteuererhöhung 6,5 Milliarden zusätzlich an die Bundesagentur für Arbeit. Soweit die Absicht. Tatsächlich aber hatten die Arbeitsämter schon im letzten Jahr einen Überschuß von 11 Milliarden. Der war zunächst schlicht als Reserve gehalten worden. In diesem Jahr rechnete man mit ursprünglich mit einem Defizit von vier Milliarden, das die Rücklagen wieder schmelzen lassen würde. Tatsächlich aber zeichnet sich dank deutlich gesunkener Arbeitslosigkeit auch in diesem Jahr ein neuer Überschuß ab. Nach Schätzung von Alfred Boss vom IfW werden die Rücklagen der Bundesagentur bis Ende des kommenden Jahres sogar auf 20 Milliarden wachsen. Es ist daher absehbar, dass der Staat seinen Zuschüsse künftig drastisch verringern halten kann – und das gilt auf absehbare Zeit für alle Sozialkassen. Der Staat hat nicht nur höhere Einnahmen, sondern gleichzeitig auch deutlich sinkende Ausgaben für Sozialbeihilfen.

Auf diese Weise existiert sehr viel mehr Spielraum als der Finanzminister uns derzeit glauben lassen will. Wenn man wirklich die sonstigen Bundesaussgaben auf dem ursprünglich geplanten Level einfriert die Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Konsolidierung nutzt, dann wäre rein rechnerisch schon in diesem Jahr ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung im Bereich des Möglichen. Und auch bei den Ländern und Kommunen kommen nicht nur höhere Einnahmen an: Auch die Ausgaben für Sozialleistungen nach Hartz-4 sinken in den meisten Gebieten Deutschlands bereits spürbar. Eine Senkung der Abgaben und Steuern für die Arbeitnehmer aber will der Finanzminister trotzdem nicht in Aussicht stellen, er verweist darauf, dass in den Steuerschätzung die Senkung der Unternehmenssteuer noch nicht berücksichtigt sei, das Steuerplus werde also geringer ausfallen. Außerdem habe das Sparen oberste Priorität. Im Moment allerdings spart er dabei offensichtlich nachhaltig beim einfachen Bürger.